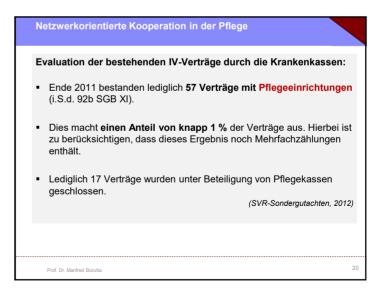
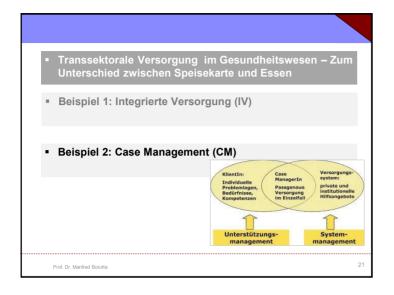
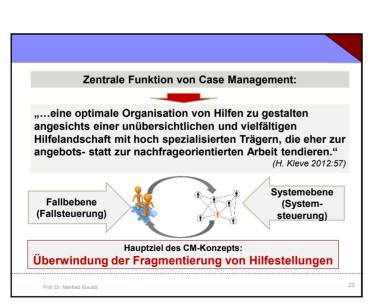
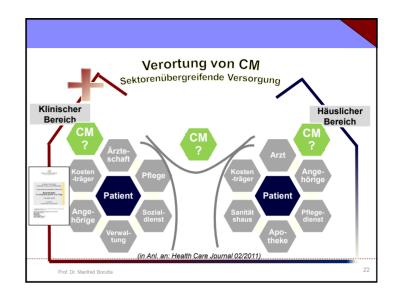


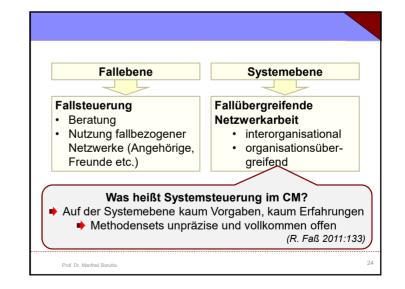
Evaluation der bestehenden IV-Verträge durch die Krankenkassen: Nur 10 % der IV-Verträge sahen eine dauerhafte Regelung vor. 1.450 Verträge wurden allein in den Jahren 2008 und 2009 aufgekündigt und liefen in der Folge aus (⇒ Ende der Anschubfinanzierung 2009)





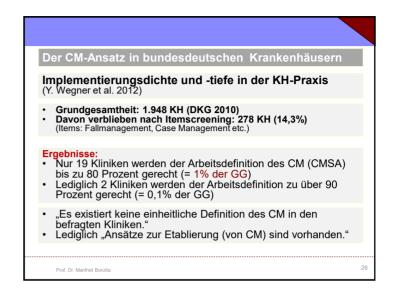




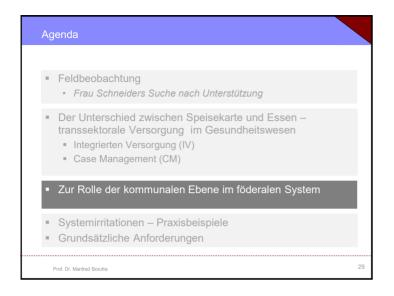


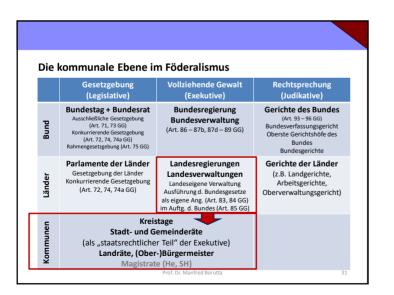


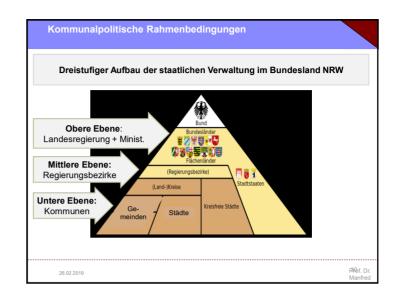




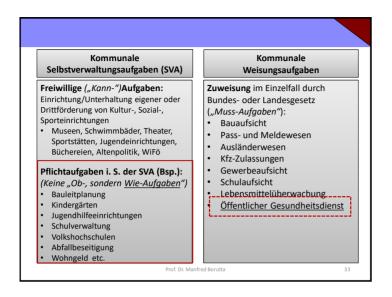










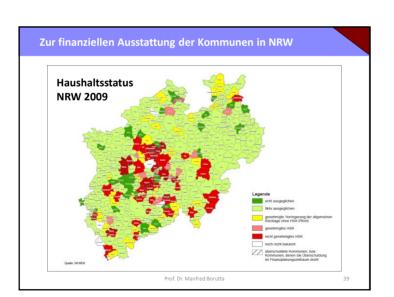




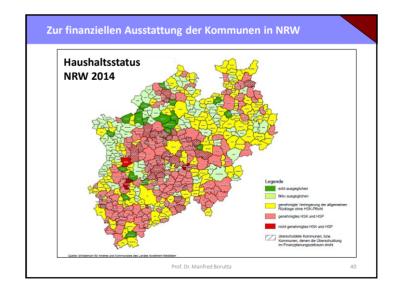
Neue Rolle der Kommunen bei der pflegerischen Versorgung (Gesetzentwurf vom 05.09.2016; BT-Drs.: 18/9518)
 Die Pflegekassen werden verpflichtet, sich an Ausschüssen zu beteiligen, die sich mit regionalen Fragen oder sektorenübergreifender Versorgung beschäftigen.
 Die Pflegekassen haben mit den Kommunen Vereinbarungen zur finanziellen und personellen Zusammenarbeit zu treffen.

Zukünftige Rolle der Kommunen bei der pflegerischen Versorgung (Gesetzentwurf vom 05.09.2016; BT-Drs.: 18/9518)
 3. Die Kommunen erhalten mehr Kompetenzen bei der Pflegeberatung (§§ 7a, 37 SGB XI).
 Es können bis zu 60 Kommunen zeitlich auf fünf Jahre befristete Modellvorhaben zur Pflegeberatung auflegen. Diese Modellkommunen sind vollständig verantwortlich für die Pflegeberatung, die Beratungseinsätze in der Häuslichkeit und die Pflegekurse.

Zukünftige Rolle der Kommunen bei der pflegerischen Versorgung (Gesetzentwurf vom 05.09.2016; BT-Drs.: 18/9518)
 Die Kommunen erhalten ein zunächst auf fünf Jahre begrenztes Initiativrecht zur Errichtung von Pflegestützpunkten, wenn sie sich angemessen an den entstehenden Kosten beteiligen. Sie können künftig Beratungsgutscheine für eine Pflegeberatung einlösen und auf Wunsch auch Bezieher von Pflegegeld beraten.



Zukünftige Rolle der Kommunen bei der pflegerischen Versorgung (Gesetzentwurf vom 05.09.2016; BT-Drs.: 18/9518)
 5. Für Auf-/Ausbau von Angeboten zur Unterstützung und Entlastung Pflegebedürftiger und ihrer Angehörigen stellt die Pflegeversicherung bis zu 25 Millionen EUR zur Verfügung, wenn Länder bzw. Kommunen den gleichen Förderbetrag aufbringen.
 Weitere 10 Millionen EUR werden zur Förderung kommunaler Netzwerke zur Unterstützung Pflegebedürftiger bereitgestellt. Auch hier müssen Länder und Kommunen den gleichen Förderbetrag aufbringen.



Anforderungen in der Betreuung demenziell veränderter Menschen

Von den insges. 427 Gemeinden und Gemeindeverbänden (GV) in NRW hatten 2014...

- ...lediglich 27 (6,3%) einen strukturell ausgeglichenen Haushalt.
- In 126 (29,5%) Gemeinden/GV erfolgte eine genehmigte Verringerung der allgemeinen Rücklage.
- 177 (41,5%) Gemeinden/GV befanden sich in der Haushaltssicherung

Prof. Dr. Manfred Borutta

41

Zur Logik des Scheiterns... Mangelnde zeitstabile (feste) strukturelle Kopplung b) innerhalb der jeweiligen Funktionssysteme ■ FS Gesundheitswesen: disziplinäre, organisatorische und sektorale Selbstreferenzialitäten Frage unterschiedlicher Leitdifferenzen von bspw. Frage Frage der unterschiedlicher somatisch-medizinischer Allokation organisationaler Versorgung, (stationärer) (Aufgabenverteilung): Systemrelevanzen Altenhilfe ambulanter Pflege, Medizin, Therapie (cure) und Irritierbarkeit Versorgung, intermediärer Sorge (care) sozialer Systeme Versorgung, rehabilitativer Versorgung... Prof. Dr. Manfred Borutta

Zur Logik des Scheiterns...

Mangelnde zeitstabile (feste) strukturelle Kopplung

- a) zwischen unterschiedlichen Funktionssystemen (FS)
 - FS Gesundheitswesen (überwiegend bundesweite bzw. begrenzte landesweite Regelungen) und
 - FS Politik (hier: föderale Strukturen = Flickenteppich der Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen)

Frage der ausschließlichen (Art. 71, 73 GG) bzw. konkurrierenden (Art. 72, 74 GG) Gesetzgebung

Bundeskompetenz, soweit ein Bedürfnis besteht, weil Bundesländer

- a) eine Angelegenheit nicht wirksam regeln können
- b) zur Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit
- c) zur Wahrung einheitlicher Lebensverhältnisse.

Prof. Dr. Manfred Borutta

42

Zur Logik des Scheiterns...

Funktionssystem Politik:

- Föderaler Flickenteppich und häsitierende Aufgabenzuteilung an die Kommunen (vgl. aktuell PSG III):
 - Kommunen können beraten (§§ 7a, 37 (3) SGB XI)
 - Modellvorhaben zur Beratung (§§ 123, 124 SGB XI)
- Grundlegend unsolide Finanzausstattung der kommunalen Ebene
- Vor- und Nachteile des Konnexitätsprinzip (Art. 39 (3) LV NRW: "Wer bestellt, muss auch bezahlen."

Folge

Gnadenlose Kurzsicht der kommunalen Ebene:

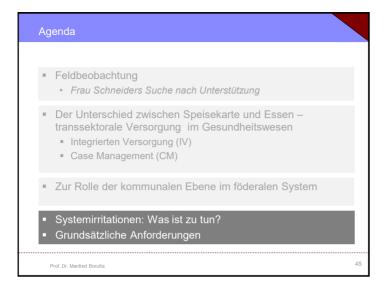
 Radikale Beschränkung auf "Kommunale Weisungsaufgaben" und "Pflichtaufgaben nach Weisung" als Überlebensstrategie!

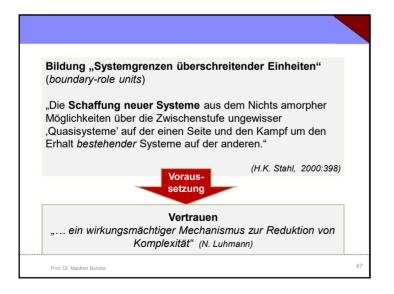
44

Prof. Dr. Manfred Borutta

ed Borutta

Anforderungen in der Betreuung demenziell veränderter Menschen









Anforderungen in der Betreuung demenziell veränderter Menschen

